

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/2496

"Ländliche Räume und Regionen in der EU weiter stärken!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/2496 vom 17.06.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/3519 des BU vom 02.07.2024
3. Beschluss des Plenums 19/3631 vom 16.10.2024
4. Plenarprotokoll Nr. 30 vom 16.10.2024



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER).**

Dr. Gerhard Hopp, Martin Wagle, Alex Dorow, Karl Freller, Sebastian Friesinger, Andreas Kaufmann, Peter Wachler CSU

Ländliche Räume und Regionen in der EU weiter stärken!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der EU-Haushalt aufgrund des Angriffs Russlands auf die Ukraine und zahlreicher Herausforderungen – wie etwa in Bezug auf humanitäre Unterstützung und Grenzmanagement – starken Belastungen ausgesetzt ist. In Anbetracht dessen befürwortet der Landtag den Status des mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027.

Es ist jedoch auch zukünftig sicherzustellen, dass neue Schwerpunktsetzungen im EU-Haushalt nicht auf Kosten der übergeordneten und fest verankerten Förderprogramme der Struktur- und Kohäsionspolitik, die insbesondere zur Stärkung der ländlichen Räume beitragen, vorgenommen werden. Gerade Regionen müssen die anstehenden Herausforderungen in Sachen Innovation, Digitales, Wettbewerbsfähigkeit und Klima im Sinne der Bürgerinnen und Bürger tatkräftig gestalten. Sie benötigen daher auch künftig ausreichende Mittel und Befugnisse, um die Struktur- und Kohäsionspolitik ortsnah und bedarfsgerecht umsetzen zu können.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf Bundesebene und europäischer Ebene weiterhin für die Finanzhoheit der Länder bei der Allokation und Ausgestaltung der Förderungen und Programme der Struktur- und Kohäsionspolitik einzusetzen.

Begründung:

Strukturelle Veränderungen in allen europäischen Regionen sind drängendere Aufgaben denn je. Die Politik der EU muss damit einhergehend noch deutlicher darauf abziehen, zu gewährleisten, dass sämtliche Gebiete die vielschichtigen gesellschaftlichen Probleme bewältigen können. Unterstützung ist nicht nur in wirtschaftlich schwächeren Gebieten von enormer Bedeutung.

Die EU-Kohäsions- und Strukturpolitik ist diejenige Investitionspolitik, die spezifisch auf die regionale Ebene ausgerichtet ist und deshalb auch außerordentliche Wichtigkeit für Bayern hat. Dabei sind Win-Win-Situationen in den Vordergrund zu stellen – also etwa gemeinsame Ziele zwischen urbanen und ländlichen Räumen, um möglichst gleichwertige Lebensverhältnisse im Freistaat zu erreichen. Bayern braucht starke und attraktive ländliche Räume ebenso wie leistungsfähige und effiziente Zentren.

Bayern sendet damit ein wichtiges Signal für ein starkes Europa der Regionen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

**Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Dr. Gerhard Hopp, Martin Wagle, Alex Dorow u.a. CSU
Drs. 19/2496**

Ländliche Räume und Regionen in der EU weiter stärken!

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatterin: **Ulrike Müller**
Mitberichterstatter: **Cemal Bozoglu**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 12. Sitzung am 2. Juli 2024 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Ulrike Müller
Stellvertretende Vorsitzende



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Dr. Gerhard Hopp, Martin Wagle, Alex Dorow, Karl Freller, Sebastian Friesinger, Andreas Kaufmann, Peter Wachler CSU

Drs. 19/2496, 19/3519

Ländliche Räume und Regionen in der EU weiter stärken!

Der Landtag stellt fest, dass der EU-Haushalt aufgrund des Angriffs Russlands auf die Ukraine und zahlreicher Herausforderungen – wie etwa in Bezug auf humanitäre Unterstützung und Grenzmanagement – starken Belastungen ausgesetzt ist. In Anbetracht dessen befürwortet der Landtag den Status des mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027.

Es ist jedoch auch zukünftig sicherzustellen, dass neue Schwerpunktsetzungen im EU-Haushalt nicht auf Kosten der übergeordneten und fest verankerten Förderprogramme der Struktur- und Kohäsionspolitik, die insbesondere zur Stärkung der ländlichen Räume beitragen, vorgenommen werden. Gerade Regionen müssen die anstehenden Herausforderungen in Sachen Innovation, Digitales, Wettbewerbsfähigkeit und Klima im Sinne der Bürgerinnen und Bürger tatkräftig gestalten. Sie benötigen daher auch künftig ausreichende Mittel und Befugnisse, um die Struktur- und Kohäsionspolitik ortsnah und bedarfsgerecht umsetzen zu können.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf Bundesebene und europäischer Ebene weiterhin für die Finanzhoheit der Länder bei der Allokation und Ausgestaltung der Förderungen und Programme der Struktur- und Kohäsionspolitik einzusetzen.

Die Präsidentin
I.V.

Alexander Hold
II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das scheint mir das ganze Hohe Haus zu sein. Gegenstimmen? – Sehe ich nicht. Stimmenthaltungen? – Enthaltungen sehe ich auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
 - Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 - Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäische Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
EU-Justizbarometer 2024
COM(2024) 950 final
BR-Drs. 287/24
Drs. 19/2843

Über den Antrag wird in einer der folgenden Sitzungen abgestimmt.

2. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Maritime Angelegenheiten und Fischerei
Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF) 2014-2020 –
Ex-post-Bewertung
21.06.2024 - 13.09.2024
Drs. 19/2844, 19/3596

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 19/3596
veröffentlichte Stellungnahme ab.
Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

3. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Maritime Angelegenheiten und Fischerei
Europäischer Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF)
2021-2027 – Halbzeitbewertung
21.06.2024 - 13.09.2024
Drs. 19/2845, 19/3597

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 19/3597
veröffentlichte Stellungnahme ab.
Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

Anträge

4. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Gerhard Hopp, Martin Wagle, Alex Dorow u.a. CSU Ländliche Räume und Regionen in der EU weiter stärken!
Drs. 19/2496, 19/3519 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

